Trierischer Volksfreund
DONNERSTAG, 26. SEPTEMBER 2024

Missbrauch in katholischer Schule: Hat sich ein Lehrer gezielt Schülerinnen ausgesucht?

In der katholischen Marienschule in Vallendar hat ein Lehrer offenbar jahrelang Schülerinnen sexuell belästigt und zum Teil schwer missbraucht. Konsequenzen hatte er keine zu befürchten. Eine betroffene Schülerin fordert nun Aufklärung.

VON VERONA KERL

Nein! Einige ehemalige Schülerinnen der Schönstätter Marienschule in Vallendar haben sich gegen die Belästigungen ihres damaligen Lehrers gewehrt. Andere wurden Opfer. SYMBOLISCHE ILLUSTRATION: ISTOCK/JIRI STUDNICKY

VALLENDAR/TRIER Sie ist 18 Jahre alt, als es anfängt. Im Unterricht greift ihr der Lehrer an den Busen. Er wolle nur einen Flusen von ihrem Pulli entfernen, meint er. Sie findet das seltsam. Während einer Klassenarbeit beugt er sich von hinten über sie. Legt seine rechte Hand auf ihre und führt sie zu einem Satz in ihrer Übersetzung. Will er sie so auf einen Fehler aufmerksam machen? Die junge Frau wehrt sich. Sie gibt ihrem Lehrer zu verstehen, dass er sie in Ruhe lassen soll. Daraufhin belästigt er sie nicht mehr.

Was Monika (Name von der Redaktion geändert) in den 1970er-Jahren in der katholischen Schönstätter Marienschule in Vallendar (Kreis Mayen-Koblenz) erlebt, bringt sie damals nicht mit sexuellen Übergriffen in Verbindung. Die unangenehmen Episoden vergisst sie einfach. Als sie jedoch im Volksfreund den Bericht „Wie viel Schmerzensgeld erhalten Missbrauchsopfer?“ vom November 2023 liest, schrillen bei ihr die Alarmglocken. In diesem Artikel bricht eine ehemalige Schönstätter Schülerin ihr Schweigen. Sie berichtet, dass sie in den 1980er-Jahren zwischen der 7. und 9. Klasse von einem Lehrer mehrfach vergewaltigt wurde.

Ehemalige Schülerin der Marienschule in Vallendar wendet sich an Schulleitung und Provinzoberin Monika ist schockiert. Und erinnert sich. Das muss derselbe Lehrer gewesen sein, der sie und einige ihrer Mitschülerinnen begrapscht hatte. Ein Verdacht, der sich bestätigt. Sie will Aufklärung. Schreibt an die aktuelle Schulleitung der Schönstätter Marienschule in Vallendar, das zum Bistum Trier gehört, und an die Provinzoberin des Säkularinstitutes. In ihren Schreiben schildert sie ihre Beobachtungen und Erlebnisse: Dass ihre bis dahin sehr guten Noten deutlich schlechter ausfielen, weil jener Lehrer behauptet habe, sie habe bei einer mündlichen Prüfung nichts gewusst.

„Diese mündliche Prüfung hat nicht stattgefunden. Und ich habe dies als Bestrafung interpretiert, weil ich mich gegen übergriffiges Verhalten wie unter anderem Busengrapschen verwehrt habe“, sagt sie. Dass sie sich an ihre Vertrauenslehrerin wandte, diese jedoch sagte, man könne da nichts tun. Dass Klassenkameradinnen ähnliche Erfahrungen machten, aber aus Angst vor Repressalien geschwiegen haben.

In dem Textnachrichten-Portal WhatsApp schildert sie in der Gruppe ihrer ehemaligen Jahrgangsstufe ihre eigenen Erlebnisse. Die Reaktionen überraschen sie nicht. Von Busengrapschen über Hände halten, bis hin zu psychischem Unter-Druck-Setzen berichten die inzwischen erwachsenen Frauen. Monika zieht den Schluss: „Der Missbrauch des Mädchens aus der Mittelstufe hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn die Schule damals richtig aufgearbeitet hätte. Das finde ich sooo bitter.“

„Ich habe das Gefühl, die Schule sitzt das wieder aus.“ Während in Monikas Brust die Empörung wächst, wartet sie auf eine Erwiderung ihrer Briefe, in denen sie der Schule und dem Orden Gelegenheit bieten will, angemessen auf den Vorfall zu reagieren. „Sicher sind auch Sie der Auffassung, dass nur eine Aufarbeitung der damaligen Vorgänge für die Schülerinnen von heute eine Atmosphäre schaffen kann, sich anders als damals vertrauensvoll an die Schule zu wenden…“

Trotz zahlreicher E-Mails und Briefe an die Schulleitung, die Provinzoberin sowie Telefonaten mit der Missbrauchsbeauftragten Dr. Michaela Lomb wird Monika bitter enttäuscht. Man bittet sie, in ihrer Whatsapp-Gruppe ihre einstigen Mitschülerinnen aufzufordern, sich bei der Schule zu melden. „Das ist aber doch nicht meine Aufgabe“, sagt sie. „Es geht ja auch um die Frage, ob andere Lehrer ebenfalls übergriffig geworden sind. Es ist ein Unterschied, ob ich aktiv gefragt werde, oder ob ich mich selbst melden muss. Ich habe das Gefühl, die Schule sitzt das wieder aus.“

Als der Volksfreund im Jahr 2023 zu dem Missbrauchsfall an der jungen Schülerin recherchiert, antwortet Provinzoberin Marisa Spickers auf die Fragen, ob der Lehrer jemals zur Rechenschaft gezogen wurde, um wie viele Taten es sich bei ihm handelte und ob weitere Missbrauchsfälle aktenkundig seien, der Lehrer könne nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, da er bereits verstorben sei. Darüber hinaus sei nur dieser eine Fall an der Schule bekannt.

Wie weit die Marienschwestern mit der Aufklärung gekommen sind Wie weit ist die Aufarbeitung inzwischen gediehen? Erneutes Nachhaken bei den Marienschwestern. Eine Antwort erteilt stattdessen Rechtsanwalt Dr. Dieter Ehrle. „Nach Bekanntwerden des von Ihnen erwähnten Missbrauchsfalls aus den 80er-Jahren hat die Leitung der Marienschule den Kontakt zu ehemaligen Schülerinnen und Mitgliedern des Lehrerkollegiums gesucht, um eventuelle weitere Fälle des Missbrauchs zu recherchieren. Dazu hat sich bislang lediglich eine Person gemeldet, die ihre Erfahrungen als ehemalige Schülerin mitgeteilt hat.“

Die Eigenrecherche hingegen gestalte sich schwierig, erklärt Ehrle. Es stünden keine schriftlichen Aufzeichnungen zur Verfügung. Personalakten der ehemaligen Lehrer der Marienschule Vallendar seien nicht mehr vorhanden, da die Akten grundsätzlich nach der Beendigung des Dienstverhältnisses des Lehrerpersonals aufgrund der Datenschutzgesetze gelöscht beziehungsweise vernichtet würden – spätestens aber nach Ablauf von drei Jahren nach dem Ende der Dienstverhältnisse.

Warum sich bislang keine weiteren ehemaligen Schülerinnen gemeldet haben, erklärt sich das Opfer, das von dem Lehrer in der Mittelstufe schwer missbraucht wurde, so: „Ich weiß, dass es noch viel mehr Beschwerden gab. Aber für viele Opfer ist das weit weg. Und es ist eine Belastung, sich damit noch einmal auseinanderzusetzen. Ich kann mir vorstellen, dass es für andere Betroffene zum Teil nicht aushaltbar scheint, sich zu erinnern. Man erlebt das Trauma noch einmal.“

INFO

Ein Vorreiter für Aufklärung

Die Schulleitung des Berliner Canisius-Kollegs der Jesuiten veröffentlichte 2010, dass in den 1970er- und 1980er-Jahren zwei Jesuitenpater unzählige Schüler an dem Gymnasium missbraucht hatten. Mit dieser Vorgehensweise verfolgte die Schule eine klare Strategie: Den Tatbestand nicht leugnen, aber auch klarmachen, dass die Fälle Jahrzehnte zurückliegen und nichts mit dem Gymnasium von heute zu tun haben. Nachdem der Rektor der Privatschule 2004 und 2005 von zwei Fällen erfahren hatte, meldeten sich weitere Schüler. Daraufhin wandte sich der Rektor in einem Brief an etwa 600 ehemalige Schüler.
Jutta Lehnert von der Opferorganisation Missbit sagte in einem Gespräch mit dem Volksfreund, diese Vorgehensweise sei ein Vorbild bis heute. Durch diesen Mut habe die Offenlegung vieler Missbrauchsfälle in der Kirche begonnen. „Nur durch den kritischen Blick auf sich selbst entsteht Lernen: Das gilt auch für Institutionen, das gilt auch für die Orden, die in diesem Thema noch sehr zugeknöpft sind“, kritisiert sie.

Trierer Richter lässt Prozess wegen Überlastung platzen

Weil eine Strafkammer zu viel Arbeit vor sich herschiebt, hat der Vorsitzende Richter einen Mammutprozess platzen lassen. Geht das so einfach?

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die Bombe im Trierer Betrugsprozess um re-importierte Medikamente platzte am Mittwochnachmittag um genau 14.39 Uhr: Da verkündete der Vorsitzende Richter der Dritten Großen Strafkammer am Landgericht, Armin Hardt, dass er den Mammutprozess jetzt platzen lassen würde – wegen Überlastung. „Dann bedanke ich mich – und die Sitzung ist geschlossen“, sagte Hardt und entschwand mit seinen Richterkolleginnen und Schöffen durch die Seitentür.

So schnell kann ein Betrugsprozess gegen eine vermeintliche Bande zu Ende sein. Dabei hatten allein die Ermittlungen gegen die acht Angeklagten etliche Jahre verschlungen, sogar das Bundeskriminalamt war daran beteiligt. Die Vorwürfe liegen bis zu 15 Jahre zurück, und selbst die aus dem Juli 2018 stammende Anklageschrift hatte bei Prozessbeginn Mitte des Monats schon Staub angesetzt.

In dem Verfahren geht es um Betrug mit re-importierten Medikamenten, der den drei Frauen und fünf Männern im Alter von 56 bis 77 Jahren vorgeworfen wird. Bis auf einen arbeiten seinerzeit alle für ein Unternehmen in der Vulkaneifel, das damit Geld verdient, Medikamente aus dem Ausland zu re-importieren. Weil die Pillen im Ausland mitunter deutlich billiger verkauft werden als hierzulande, ist das ein lohnendes Geschäft. Und auch ein legales, jedenfalls wenn die Medikamente aus dem EU-Ausland zurück nach Deutschland importiert werden. Wenn nicht, ist das ohne eine entsprechende Genehmigung verboten. Genau darum ging es im aktuellen Prozess.

Die Trierer Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, die Medikamente über ein knappes Jahr hinweg ohne Genehmigung und teilweise mit gefälschten Frachtpapieren aus der Türkei re-importiert und in Deutschland weiterverkauft zu haben. Knapp acht Millionen Euro sollen laut Anklageschrift so ergaunert worden sein.

Aber wer ist eigentlich geschädigt worden? Weil die Medikamente im Ausland teils deutlich billiger verkauft werden, können Apotheken die von dort legal re-importierten Pillen auch günstiger einkaufen. Das freut die Krankenkassen, die weniger zahlen müssen und letztlich auch die Patienten, deren Beiträge womöglich stärker steigen würden. Aber das nur am Rande.

Der Vorsitzende Richter hatte schon am ersten Prozesstag deutlich gemacht, dass er das Verfahren gegen die acht Angeklagten am liebsten einstellen würde. Lediglich der Ex-Geschäftsführer sollte eine saftige Geldauflage zahlen. Doch die am zweiten Verhandlungstag gleich mit drei Vertretern erschienene Staatsanwaltschaft spielte nicht mit. Lediglich das Verfahren gegen den mitangeklagten Mitarbeiter einer niederländischen Spedition wurde zunächst eingestellt.

Danach lud der Vorsitzende Richter Hardt den Tross Anwälte und Staatsanwälte zu einem Plausch hinter verschlossenen Türen. Rechtsgespräch heißt so etwas im Juristendeutsch. Es dient dazu, Positionen abzuklopfen und ein Verfahren möglichst abzukürzen. In diesem Fall geschah das auf ungewöhnliche Art und Weise: Hardt machte den Anwesenden deutlich, dass er plane, das Hauptverfahren auszusetzen, wie es offiziell heißt. Auf gut Deutsch: Er will den Prozess, den er eigentlich auch nie führen wollte, aussetzen. Begründung des Vorsitzenden: Überlastung. Nach seinen Worten hat die Kammer bis Ende des Jahres noch 14 Haftsachen zu bearbeiten. Haftsachen sind Fälle, die keinen Aufschub mehr dulden, weil die Beschuldigten in Untersuchungshaft sitzen.

Der Vorsitzende Richter Armin Hardt leitet den Prozess am Trierer Landgericht. FOTO: DPA

Das verkündete Hardt auch nach dem Rechtsgespräch hinter verschlossenen Türen im Sitzungssaal. Dann wurden zunächst noch die Verfahren gegen drei der inzwischen nur noch sieben Angeklagten wegen Geringfügigkeit eingestellt, bevor der Vorsitzende den Aussetzungsbeschluss verkündete.

Und was bedeutet das? Eventuell wird der Betrugsprozess gegen die jetzt nur noch vier verbliebenen Angeklagten noch einmal neu von vorne aufgerollt. Einen Termin dafür gibt es aber noch nicht, und die Dritte Große Strafkammer hat ja bekanntlich andere Dinge zu tun. Ab Anfang nächsten Jahres fängt auch die Verjährung der Vorwürfe an. Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Neuauflage des Pillen-Prozesses kommt, dürfte bei nahe null liegen.

Produktion dieser Seite:
Ralf Jakobs